



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

4. Sitzung

Montag, 19. Juni 2006

17.30 – 20.20 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Bruno Hostettler, Ratspräsident

Protokollführer

Thomas Gloor, Stadtschreiber II

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Rolf Degen, Bauverwalter
- René Küng, Finanzverwalter
- Arthur Senn, Stadtschreiber I
- Andreas Fuchs, Präsident Schulpflege

Entschuldigungen

Hansrudolf Hauri, jun., Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	52
2. Einbürgerungen	
GK 52 Amaral Antonio Carlos, 1959, mit Ehefrau Lourenço Licinia de Jesus geb. Oliveira, 1958, portugiesische Staatsangehörige, Gotthelfstrasse 15	53
GK 53 Amaral Ricardo Jorge, 1981, portugiesischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 15	53
GK 54 Camuroska geb. Kazimoska Ariela, 1985, mit Sohn Alim, 2005, mazedonische Staatsangehörige, Rosmaringasse 3	53
GK 55 Fernando Christopher Anthony, 1973, srilankischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 19	53
GK 56 Knezević Denis, 1978, kroatischer Staatsangehöriger, Meienweg 2	53
GK 57 Kocdag Burcu, 1990, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56	53
GK 58 Telesca Carmela, 1972, italienische Staatsangehörige, Färbereiweg 1	53
3. Geschäftsberichte und Rechnungen	
GK 59 Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2005	53
4. Beiträge	
GK 60 Neuregelung der finanziellen Unterstützung von Kinderkrippen	59
5. Verbände	
GK 61 Auflösung des Gemeindeverbandes Berufsberatung des Bezirks Zofingen	61
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 37 Interpellation von Jolanda Henzmann/Patricia Misteli (FDP) vom 13. März 2006 betr. Schule und Familie (Begründung und Beantwortung)	62
GK 38 Motion der FDP-Fraktion vom 24. März 2006 betr. Abdankungshalle (Begründung und Beantwortung)	64
GK 39 Motion der SVP-Fraktion vom 27. März 2006 betr. Umnutzung der Abdankungshalle / Planung für neue Aufbahrungs- und Abdankungshalle beim Friedhof Bergli (Begründung und Beantwortung)	64
7. Umfrage	65

Begrüssung

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Bereichsleiter, die Pressevertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur vierten Sitzung der Legislaturperiode 2006/09.

Mitteilungen

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2006 innert der gesetzlichen Frist keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär genehmigt.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 1. Juni 2006 gemäss § 33 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates die redaktionelle Bereinigung des Reglements über die Musikschule vorgenommen. Es wurden keine Widersprüche, Unklarheiten oder Lücken festgestellt. Die redaktionellen Änderungen wurden einstimmig genehmigt.

Das Kinderfestprogramm wurde allen Mitgliedern verteilt.

Neueingänge

Keine.

Art. 25

Einbürgerungen

GK 52

Amaral Antonio Carlos, 1959, mit Ehefrau Lourenço Licinia de Jesus geb. Oliveira, 1958, portugiesische Staatsangehörige, Gotthelfstrasse 15

GK 53

Amaral Ricardo Jorge, 1981, portugiesischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 15

GK 54

Camuroska geb. Kazimoska Ariela, 1985, mit Sohn Alim, 2005, mazedonische Staatsangehörige, Rosmaringasse 3

GK 55

Fernando Christopher Anthony, 1973, srilankischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 19

GK 56

Knezević Denis, 1978, kroatischer Staatsangehöriger, Meienweg 2

GK 57

Kocdag Burcu, 1990, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56

GK 58

Telesca Carmela, 1972, italienische Staatsangehörige, Färbereiweg 1

Hr. Christoph Dombrowsky, Referent der FGPK, hält fest, dass alle Einbürgerungsgesuche von der Kommission einstimmig angenommen wurden.

Jedoch war der Verfahrensablauf wieder einmal ein Diskussionspunkt. Die Kommission erachtet es als nicht sinnvoll, bei den Gesuchsakten eine Vollständigkeitsprüfung durchzuführen. Ebenfalls wird bemängelt, dass in den Akten wichtige Angaben fehlen, da das Einbürgerungsgespräch vor dem Stadtrat im Zeitpunkt der Akteneinsicht noch nicht stattfand. Die Kommission kam zum Schluss, dass eine Einbürgerungskommission die Aufgaben von Stadtrat und Finanz- und Geschäftsprüfungskommission besser zusammenfassen könnte und auch

transparenter wäre. Die Kommission wird in diesem Sinn eine entsprechende Motion einreichen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, erklärt, dass der Stadtrat sämtliche Einbürgerungsgesuche befürwortet.

Nachdem keine weitere Diskussion zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht wird, lässt der Vorsitzende über die stadträtlichen Anträge abstimmen. Die anwesenden Gesuchsteller/Innen werden gebeten, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen.

GK 52

Amaral Antonio Carlos, 1959, mit Ehefrau Lourenço Licinia de Jesus geb. Oliveira, 1958, portugiesische Staatsangehörige, Gotthelfstrasse 15

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 53

Amaral Ricardo Jorge, 1981, portugiesischer Staatsangehöriger, Gotthelfstrasse 15

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 54

Camuroska geb. Kazimoska Ariela, 1985, mit Sohn Alim, 2005, mazedonische Staatsangehörige, Rosmaringasse 3

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 55

Fernando Christopher Anthony, 1973, srilankischer Staatsangehöriger, Kilchbergstrasse 19

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 56

Knezević Denis, 1978, kroatischer Staatsangehöriger, Meienweg 2

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 57

Kocdag Burcu, 1990, türkische Staatsangehörige, Obere Mühlemattstrasse 56

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

GK 58

Telesca Carmela, 1972, italienische Staatsangehörige, Färbereiweg 1

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gesuchstellern/innen zu ihrem guten Resultat und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 26

GK 59

Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2005

Hr. Rolf Moor, Präsident Finanz- und Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass die Einwohnerräte/innen die Prüfungsergebnisse des Geschäftsberichtes sowie der Verwaltungs- und Bestan-

desrechnung der Einwohnergemeinde Zofingen für das Jahr 2005 in Form eines Erläuterungsberichtes der FGPK erhalten haben.

Nachdem die FGPK den Prüfungsablauf definiert und die Prüfungsschwerpunkte für die nächsten vier Jahre festgelegt hatte, wurden die Verwaltungs- und Bestandesrechnung sowie der Geschäftsbericht in mehreren Sitzungen geprüft und behandelt. Die externe Prüfung erfolgte durch die Firma Ernst & Young, Aarau. Sämtliche Mitglieder der FGPK haben mit grosser Motivation, Engagement und Überzeugung nach dem neuen Prüfungs-System gearbeitet. Die Sachpolitik stand erfreulicherweise immer im Vordergrund. Er dankt den Kommissionsmitgliedern für ihren motivierten Einsatz.

Erläuterungsbericht

Hr. Rolf Moor hält fest, dass bewusst die detaillierten Prüfungsberichte, sowie die Medienmitteilungen und verschiedenen Statistiken in den Erläuterungsbericht eingebunden wurden. Somit stehen sämtlichen Einwohnerräten/innen sowie auch der Verwaltung sehr transparente Informationen zur Verfügung, damit auch gewisse Zusammenhänge, vor allem im finanzpolitischen Bereich, besser verstanden werden können. Der sehr umfangreiche und detaillierte Erläuterungsbericht ist vertraulich zu behandeln.

Schwerpunkte Verwaltungs- und Bestandesrechnung

Aufgrund der vorgenommenen Prüfungen konnte die Rechnung ohne Einschränkungen genehmigt werden. Die Buchhaltung sowie die entsprechenden Nebenbücher sind ordnungsgemäss geführt. Die Stadt Zofingen verfügt über ein gut funktionierendes Rechnungswesen, welches im Rahmen der bestehenden Weisungen und Vorschriften geführt wird.

Steuern

Der Veranlagungsstand per Ende 2005 betrug 65 %. Dies entspricht der minimalen Anforderung, welche vom Kanton vorgegeben wird. Angestrebt wird aber ein Veranlagungsstand von 80 %, was dem kantonalen Durchschnitt entspricht. Dies hätte zur Folge, dass der Steuerzahler/in die definitive Veranlagung früher hat und somit auch der Geldfluss viel effizienter und schneller ist. Die bestehenden Prozessabläufe müssen überprüft und optimiert werden.

Die Stadt Zofingen ist heute quasi schuldenfrei, jedoch hat sie ein Problem mit der Ertragskraft.

Entwicklung der Nettoschulden

- 1995 über 12 Mio. Franken
- 1999 über 4 Mio. Franken
- 2001 unter 9 Mio. Franken
- 2005 CHF 330'000; quasi schuldenfrei!

Betrachtet man die Schuldenentwicklung vom Jahr 2002 bis 2005, stellt man Folgendes fest:

1. Die vorgesehenen Investitionen sind nicht realisiert worden.
2. Es wurden eine objektivere Bewertung des Verwaltungsvermögens der Liegenschaften und der Übertrag vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen vorgenommen.

Damit in Zukunft im Durchschnitt die ca. 5 Mio. Franken pro Jahr investiert werden können, müssen aber dementsprechend verschiedene Projekte bereit gestellt sein, damit auch kurzfristig umdisponiert werden kann, wenn aus rechtlichen Gründen oder wegen Fremdbestimmungen eine vorgesehene Investition wieder um ein, zwei oder mehrere Jahre verschoben werden muss. Diesem Vorgehen sollte in Zukunft dringend hohe Beachtung geschenkt werden, damit das Investitionsziel erreicht werden kann.

Entwicklung Nettoschulden bis ins Jahr 2010

- Nettoinvestitionen entsprechen dem Durchschnitt von ca. 5 Mio. Franken
- Berücksichtigt ist auch die Ausfinanzierung der APK im Jahr 2007 von 12 Mio. Franken.
- Der Nettoaufwand steigt von 23 Mio. Franken auf rund 25,5 Mio. Franken.
- Die Steuereinnahmen pendeln sich im Durchschnitt auf 30 Mio. Franken ein.
- Somit würde sich eine Entwicklung der Schulden von heute CHF 337'000 auf 18 Mio. Franken bis ins Jahr 2010 ergeben. Die Messgrößen des Kantons ergeben, dass die Verschuldung einer Gemeinde im Durchschnitt zwischen CHF 2'500 bis 3'000 pro Einwohner liegen sollte. Somit wäre Zofingen mit einem Durchschnitt von ca. CHF 1'800 im sehr guten Bereich.
- Die Belastbarkeitsquote von 20.9 % sinkt bei dieser Entwicklung bis ins Jahr 2010 auf 14 %. Diese Quote sollte aber im Bereich von 25 bis 30 % liegen. Hier hat Zofingen ein grösseres Problem. Es müssen dringend Massnahmen eingeleitet werden. Dies kann in zwei Bereichen geschehen: Weniger Ausgaben oder Mehreinnahmen. Kurz- und mittelfristig müssen die Ausgaben genau hinterfragt werden, das bedeutet, dass der Stadtrat sowie der Einwohnerrat im Ausgabenbereich laufend zwischen Notwendigem, Zukunftsgerichtetem oder Wünschbarem unterscheiden muss.
- Mittel- und langfristig muss die Attraktivität der Stadt Zofingen gesteigert werden. Somit könnten auch die Erträge der Steuereinnahmen erhöht werden. Die Mehreinnahmen sollten aber möglichst ohne Steuererhöhung erfolgen.

Die Finanzstatistik zeigt, dass Zofingen in allen Bereichen gut bis sehr gut abgeschlossen hat, ausser der ungenügenden Belastbarkeitsquote. Die Totalpunktzahl sollte gemäss Vorgabe des Kantons über 12 liegen. Zofingen ist mit 20 Punkten in einem sehr guten Bereich. Nur hat diese Vorgabe des Kantons einen kleinen Haken, die richtige Interpretation wäre: Die gesamte Punktzahl sollte über 12 liegen, aber keine Punktzahl sollte ungenügend sein. Somit sollte dieser Vergleich auch dementsprechend richtig interpretiert werden.

Geschäftsbericht

Durch die verschiedenen erstmals durchgeführten Prüfungen in der Verwaltung wie z.B. Interne Kontrollen, Verwaltungsorganisation hat man Folgendes festgestellt:

- Verschiedene Prozessabläufe sind gar nicht dokumentiert oder zum Teil veraltet.
- Es fehlen zum Teil Elemente für eine übersichtliche Organisations- und Führungsstruktur.
- In gewissen Abteilungen wurden das so genannte „Gartenhagdenken“ und auch „Königsreiche“ festgestellt, was bei der zukünftigen Entwicklung der Verwaltung keinen Platz mehr haben darf.
- Die Führungsverantwortung muss konsequenter und klarer wahrgenommen und umgesetzt werden.
- Die Stadt Zofingen hat gut bis sehr gut ausgebildete Mitarbeiter/innen auf allen Stufen, auch im Bereich des Kaders. Wichtig ist, dass das Kader die zugeteilten Verantwortungen auch dementsprechend wahrnimmt und umsetzt.
- Die Mietzinsen und Nebenkostenabrechnungen der Liegenschaften müssen an die heutigen Marktgegebenheiten angepasst werden, zum Teil sind diese heute auf einem sehr tiefen Stand angesetzt.
- Weitere Feststellungen können aus den detaillierten Prüfungsberichten der FGPK entnommen werden.

Die FGPK ist zur Erkenntnis gekommen, dass eine zukunftsgerichtete Strukturbearbeitung hin zu einem Qualitätsmanagementsystem durch eine externe Betreuung mit entsprechender Erfahrung und Know-how begleitet werden sollte. Diese Investition wird als sehr sinnvoll betrachtet und würde sich mittelfristig auch auszahlen. Diese Strukturbereinigung sollte bis zur Halbzeit der Legislaturperiode, d.h. Ende 2007, Anfang 2008, abgeschlossen ein. Somit könnte eine Effizienzsteigerung von ca. 20 % erreicht werden.

Der Stadtrat hat der FGPK zugesichert, im Spätsommer 2006 anhand dieses Erläuterungsberichtes einen Massnahmenkatalog zu präsentieren, in dem ersichtlich ist, nach welchen Krite-

rien, Verantwortungsbereichen und in welchem Zeitrahmen die festgestellten Defizite bearbeitet werden. Anfang 2007 wird der Stadtrat der FGPK einen ersten Zwischenbericht über die getroffenen Massnahmen präsentieren. Somit dient dieser Erläuterungsbericht auch als Kontroll-Instrument, sodass die geforderten Massnahmen laufend überprüft werden können.

Die FGPK legt grossen Wert darauf, dass die Erkenntnisse der Prüfungen als konstruktive Anregung für eine positive Entwicklung der Stadt Zofingen erkannt werden und nicht als Kritik von Abteilungen oder einzelnen Personen.

Zusammenfassung

Die FGPK hat sämtlichen Anträgen des Stadtrates einstimmig zugestimmt.

Folgende Stärken und Schwächen wurden festgestellt:

Stärken der Stadt Zofingen

- Ausgezeichneter Wirtschaftsstandort im Zentrum der Schweiz mit guten verkehrlichen Anbindungen.
- Stabile finanzielle Ausgangslage (tiefe Schulden).
- Entwicklungspotenzial als Regionalzentrum.
- Sehr gute Infrastruktur der Verwaltung.
- Gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Schwächen der Stadt Zofingen

- Finanzielle Belastbarkeitsquote ist ungenügend.
- Die Vermarktung der Stadt Zofingen (Altstadt) ist ungenügend.
- Entscheidungsprozesse politisch wie verwaltungsintern sind zum Teil zu lang.
- In der Verwaltung fehlen klar organisierte Strukturabläufe sowie Prozessbeschreibungen.

Spezielle Erkenntnisse

Mit Freude hat die FGPK zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat bereits Anfang dieses Jahres eine Standortbestimmung durchgeführt hat und mehrheitlich die gleichen Feststellungen wie die FGPK gemacht hat. Erfreulicherweise stellte die FGPK auch fest, dass bereits sehr viele Massnahmen in Bearbeitung sind. Auch das erstellte Legislaturprogramm des Stadtrates deutet in vielen Punkten auf die von der FGPK definierten Ziele hin. Somit sind der Stadtrat und die Verwaltung auf dem richtigen Weg für eine erfolgreiche Zukunft der Stadt Zofingen.

Schlusswort

Für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Prüfungen für das Jahr 2005 bedankt sich die FGPK recht herzlich beim Stadtrat, bei den Bereichsleitern und bei sämtlichen Mitarbeitern/innen der Einwohnergemeinde Zofingen.

Ein herzliches Dankeschön gilt auch allen Politikerinnen und Politikern für ihr Engagement, welches sie für das Wohl der Stadt Zofingen erbracht haben, im speziellen den Mitgliedern der FGPK für ihre motivierte und konstruktive Arbeit sowie der Aktuarin der FGPK, Mirjam Amsler.

Ein besonderer Dank gilt den Herren Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, Arthur Senn, Stadtschreiber I, und René Küng, Leiter Finanzen, für die sehr konstruktive und professionelle Zusammenarbeit.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, erklärt, dass der Stadtrat die Massnahmen der FGPK begrüsst. Man hat die Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichts sowohl inhaltlich als auch methodisch auf eine völlig neue Art vorgenommen. Der Stadtrat dankt der FGPK für die umfangreiche, wie auch inhaltlich äusserst wertvolle Arbeit, ebenfalls bedankt er sich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit.

Der Stadtrat kann sich grossmehrheitlich den Schlussfolgerungen der FGPK anschliessen.

Ebenfalls ist der Stadtrat bereit, die Defizite möglichst rasch zu eliminieren. Mit den neuen vom Departement für Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Aargau ausgearbeiteten Prüfungsmethoden werden sich auch in anderen Aargauer Gemeinden ähnliche Defizite zeigen. Der Stadtrat weist darauf hin, dass die Verwaltungsabläufe grundsätzlich funktionieren. Die Überprüfung der Prozess- und Arbeitsabläufe ist aber nicht überall vorhanden, und es zeigt sich in gewissen Bereichen eine Angst vor Neuem und vor Veränderungen. Die Defizite, welche von der FGPK aufgezeigt wurden, sind für den Stadtrat nicht neu, er stellte ähnliches fest. Die erwähnten Defizite bestehen seit Jahren, es stellt sich nun die Frage, warum in früheren Jahren eine Finanz- oder Geschäftsprüfungskommission diese Defizite nicht festgestellt hat. Es stehen beide politischen Gewalten in der Verantwortung.

Der Stadtrat wird die Behebung dieser Defizite raschmöglichst angehen. Jedoch werden klare Prioritäten gesetzt. Einiges hat sich bereits geändert und wurde verbessert wie z.B. die Führungsstrukturen zwischen Stadtrat und Verwaltung, Kaderweiterbildungen und Workshops.

Ziele 2006/2007 des Stadtrates

- Einführung Projektmanagement
- Ausarbeitung von Prozessabläufen und Stellenbeschrieben
- Einführung eines Aufgaben- und Projektcontrollings
- Erweiterung der Führungsunterstützung
- Verbesserung der Belastbarkeit
- Verbesserung des Liegenschaftsmanagements
- Beizug externer Begleiter

Eine Effizienzsteigerung von 20 % ist für den Stadtrat jedoch fraglich. Anfang 2007 wird der Stadtrat einen ersten Überblick über die getroffenen und veranlassten Massnahmen geben. Der Stadtrat ist bemüht, dass trotz der anfallenden Steuerausfälle die Belastbarkeitsquote von 20 % gehalten werden kann. Der Stadtrat wird zudem regelmässige Investitionen zum Erhalt der Standortattraktivität der Stadt Zofingen tätigen.

Es wurde mit grosser Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass heute keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht wurden. Der Stadtrat hat eine Prioritätenliste erstellt und es ist sehr wichtig, dass nicht mit parlamentarischen Vorstössen diese Prioritäten verschoben werden. Der Stadtrat verspricht, die Defizite konsequent anzugehen, bittet den Einwohnerrat aber, diese Prioritätenliste zu akzeptieren. Der Stadtrat möchte eine möglichst grosse Transparenz schaffen und wird auch regelmässig informieren.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Peter Wullschleger möchte feststellen, dass der Stadtrat und die Verwaltung funktionieren und dies nicht zuletzt dank motivierten Mitarbeitern/innen.

Geschäftsbericht

- Die Regionale Zusammenarbeit wurde als wichtig empfunden. Es ist jedoch anzustreben, dass alle beteiligten Gemeinden bei Regionalen Zusammenarbeitsformen (Betreibungsamt, Zivilstandsamt, Regionalpolizei) gleichermassen profitieren und beitragen.
- Bei der Abteilung Gesundheit sind in Zukunft wieder mehr Informationen gewünscht. Dieser Bereich ist im diesjährigen Geschäftsbericht doch ein wenig mager ausgefallen.
- Der Stadtrat sollte sich in Zukunft vermehrt für den öffentlichen Verkehr einsetzen.

Rechnung

- Wichtig ist der erzielte Überschuss in der Rechnung, aufgrund desselben ergibt sich auch die Höhe der Selbstfinanzierung und der Belastbarkeit.
- Nach Möglichkeit sollte der Steuereffuss gleich hoch bleiben, jedoch könnte die Stadt Zofingen mit der geplanten Änderung des Steuergesetzes an ihre Grenzen stossen.
- Sparpotenzial ist vorhanden (z.B. Telefon und Heizkostenrechnungen).
- Die Investitionen im 2005 waren zu gering.

- Erfreulicher Gewinn beim Seniorenzentrum, dies ist auf Einsparungen bei den Personalkosten zurückzuführen.
- Die Abwasserrechnung weist einen Verlust von rund CHF 300'000.– aus. Dies ist erstaunlich, da die erzo den Gemeindebeitrag deutlich reduziert hat.
- Ebenfalls erfreulich ist die Abrechnung der Parkhaus AG.

Die SP stimmte allen Anträgen zu, auch der Abschreibung des SP-Vorstosses.

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass die FDP-Fraktion mit dem Ergebnis der Rechnung und des Geschäftsberichtes sehr zufrieden ist. Sie dankt und gratuliert dem Stadtrat und den Mitarbeiter/innen der Verwaltung zu diesem guten Resultat. Es ist wichtig, dass in Zukunft vermehrt Investitionen getätigt werden, dass Zofingen im Wettbewerb mit anderen Gemeinden auch bestehen kann. Hier wird eine grosse Flexibilität erwartet, dass bei einer Nichtrealisierung eines Projektes ein anderes Vorhaben realisiert werden kann. Für die FDP kommt eine Steuererhöhung nicht in Frage, es gilt auf der Ausgabenseite weitere Optimierungen zu erzielen, eine 20 %ige Effizienzsteigerung ist anzustreben. Die Fraktion ist froh, dass der Stadtrat und die Verwaltung die Probleme erkannt haben.

Ein grosser Dank gebührt dem Präsidenten der FGPK sowie den Mitgliedern der Kommission für die sehr engagierte, fundierte und kritische Arbeit. Diese Kommission ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Stadtrat und Einwohnerrat.

Hr. Hansruedi Schlatter teilt mit, dass auch die Fraktion der Dynamischen Mitte über das gute Ergebnis erfreut war. Das gute Resultat kam durch Neubewertungen von Immobilien, Verschiebungen von Verwaltungs- in das Finanzvermögen und eben leider durch zu wenige Investitionen zustande. Das Ergebnis zeigt, dass der Stadtrat, die Verwaltung und auch der Einwohnerrat in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben, und wenn weiterhin auf die Kosten geachtet und auch vermehrt investiert wird, steht Zofingen eine gute Zukunft bevor. Die Fraktion dankt der FGPK für den sehr detaillierten und aussagekräftigen Erläuterungsbericht. Vielleicht täte dem seit Jahren gleich aussehenden Geschäftsbericht eine gewisse Überarbeitung auch gut.

Die Fraktion hat allen Anträgen einstimmig zugestimmt.

Hr. Philipp Hangartner erklärt, dass sich die SVP-Fraktion ebenfalls über das gute Ergebnis der Rechnung, über den Geschäftsbericht sowie über den Erläuterungsbericht der FGPK freute. Ebenfalls bedankt sich die Fraktion beim Präsidenten der FGPK für die wertvolle Arbeit. Es ist sehr wichtig, dass diese im Bericht festgehaltenen Massnahmen auch wirklich umgesetzt werden. Erfreulicherweise stellte die Fraktion fest, dass der Stadtrat eine neue, dynamische Art der Führung und der Kommunikation entwickelt hat. Die Fraktion kann sich aber keinesfalls einer Steuererhöhung anschliessen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es gehen keine Wortmeldungen in der Detailberatung ein, der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

Der Geschäftsbericht 2005 (1. Teil) sei zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Die Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2005 (2. Teil) sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- *Neubau Kanalisation Geiser K315, Mühlethal*
- *Beleuchtung Sportzentrum, Trinerplatten*
- *Sanierung Kanalisation und Bachleitung Sonnenwandstrasse, Mühlethal*
- *Mehrzweckhalle Strengelbacherstrasse – Heizung/Lüftung und Bodenbelag*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Folgende Motionen und Postulate seien von der Kontrolle abzuschreiben:

- *Postulat der SP-Fraktion vom 16. Juni 2003 betr. Veloabstellplätze am Bahnhof Zofingen (GK 85)*

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 27

GK 60

Neuregelung der finanziellen Unterstützung von Kinderkrippen

Hr. Thomas Bühler, Referent der FGPK, erklärt, dass Stadträtin Annegret Dubach der Kommission diese Vorlage anhand einer Präsentation sehr aufschlussreich vorgestellt hat. Ebenfalls wurde informiert, wie weit die Nachbargemeinden, welche Kinder in den Zofinger Krippen haben, bereits orientiert wurden. Die neue Regelung ist eine Win-Win-Situation für alle beteiligten Parteien. Die Kinderkrippen müssen neu eine genaue Abrechnung erstellen, welche von der Finanzverwaltung geprüft wird. Mit der neuen Finanzierung profitieren auch die Eltern, welche neu 60 % der Kosten übernehmen und früher bis 65 % bezahlten. Entstehen bei den Krippen finanzielle Engpässe, wird die Stadt Zofingen diese überbrücken. Die FGPK stimmte allen Anträgen einstimmig zu.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation.

Zusammenfassung und wichtigste Aussagen

Aktuelles Zofinger Modell – Auswirkungen der Beschlüsse des Einwohnerrates vom 13. Mai 1996 und 16. September 2002

- Beitrag der Einwohnergemeinde:
CHF 750 im Monat pro Zofinger Kind und Ganztagesplatz – unabhängig der Einkommenssituation der Eltern
- 50 % der Vollkosten durch Beiträge der Einwohnergemeinde gedeckt (Ganztagesplatz = ca. CHF 1'500 pro Monat)
- 65 – 70 % der Vollkosten durch Elternbeiträge gedeckt
- Dadurch Überfinanzierung (Überdeckung) der Krippenplätze bzw. Quersubventionierung der auswärtigen Kinder durch die Einwohnergemeinde Zofingen von rund 15 – 20 % oder rund CHF 100'000 im Jahr 2005!

Warum ein neues Finanzierungsmodell?

- Stadtrat erachtet die regelmässige Überprüfung der Ausgaben und Einnahmen als Kernaufgabe
- Vom Mitfinanzierungsangebot des Kantons profitieren
- Verantwortung gegenüber Parlament und dementsprechend der Bevölkerung

Politische und wirtschaftliche Aspekte

- Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen

- Akzeptanz von neuen Familienstrukturen
- Ausgleich von kulturellen und sozialen Unterschieden durch Tagesstrukturen
- Integrationswirkung
- Sozialisierungs-Möglichkeit
- Erhöhung des Images von Gemeinden durch ausserfamiliäre Betreuungsstrukturen
- Kein Brachliegen von qualifizierten Ausbildungen
- Sicherung des Einkommens von weniger qualifiziert Ausgebildeten

Fazit

- Beiträge der öffentlichen Hand an private Institutionen der Tagesbetreuung von Kindern sind gesetzlich geregelt (§§ 39 und 51 Abs. 2 SPG sowie § 35 SPV)
- Mit Leistungsvereinbarung zwischen Gemeinde und Kinderkrippe können Kantonsbeiträge geltend gemacht werden!
- Kostenverteiler mind. 60 % Eltern / max. 20 % Gemeinde / max. 20 % Kanton sinnvoll
- Keine Überdeckung oder Quersubventionierung durch flexible Ansätze
- Kleines Restrisiko für Kinderkrippen (sofern Mindesttarif kleiner oder gleich 60 %)
- **Beitrag EG bisher: CHF 750 pro Zofinger Kind und Monat**
- **Beitrag EG neu: ca. CHF 300 pro Zofinger Kind und Monat**
- Einsparungspotenzial für Einwohnergemeinde von ca. CHF 150'000 pro Jahr
- Einheitliches Finanzierungsmodell in der Region Zofingen als Ziel
- Gegenrecht bei Krippen in der Region halten
- Neues Finanzierungsmodell gilt ab 1. Januar 2007

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Marc Plüss stellt fest, dass eine Win-Win-Situation bei Neuregelungen von finanziellen Beteiligungen selten ist, und doch ist es in dieser Vorlage glücklicherweise der Fall. Die Ausgaben der Stadt Zofingen reduzieren sich um jährlich CHF 150'000, und Eltern, welche ihre Kinder in die Zofinger Krippen geben, müssen in Zukunft 5 bis 10 % weniger Beiträge bezahlen. Auch die Krippen stehen hinter diesem neuen Finanzierungsmodell. Die SVP-Fraktion kritisiert aber, dass dieser Misstand zu lange nicht entdeckt wurde. Hoffentlich ist der Informationsabend mit den Nachbargemeinden positiv verlaufen, denn es ist wichtig, dass Zofingen als Zentrumsgemeinde auch in diesen Belangen eine führende Rolle übernimmt. Die SVP Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

Fr. Jolanda Henzmann teilt mit, dass es die FDP freut, dass man in Zofingen zwei Kinderkrippen hat. Diese beiden Krippen bestehen seit vielen Jahren und werden auch gut geführt. Sie übernehmen sehr wichtige Aufgaben für unser Sozialwesen. Die neuen gesetzlichen Grundlagen sowie die positive Entwicklung des Finanzmodells wurden in der FDP-Fraktion sehr gut aufgenommen. Die Fraktion unterstützt ebenfalls eine Beteiligung durch die Nachbargemeinden, welche Kinder in den Zofinger Krippen haben.

Hr. Robert Weishaupt stellt fest, wie wichtig die Kinderkrippen sind und dass sie die Unterstützung verdienen. Verschiedene Studien haben bestätigt, dass viele Familien an der Armutsgrenze leben. Die finanziellen Belastungen für Familien mit Kindern sind enorm. Die DYM setzt sich seit langem für die Umsetzung entsprechender Forderungen ein, aus föderalistischen Gründen ist dies aber Aufgabe der Kantone. Es ist wichtig, dass bei der Neuregelung der Unterstützung durch die Gemeinde keine Nachteile bei Eltern und Krippen entstehen. Die vorliegende Neuregelung entspricht dem vollumfänglich. Die DYM stimmt allen Anträgen zu.

Hr. Hans-Martin Plüss erklärt, dass die SP ebenfalls hinter diesem neuen Finanzierungsmodell der Kinderkrippen steht. Jedoch wird man ein wenig hellhörig, wenn der Stadtrat im Rahmen von Sparmassnahmen eine Vorlage ausarbeitet, in welcher Beiträge von Kinderkrippen reduziert werden. Jedoch hat die gut dokumentierte und gut abgesprochene Vorlage überzeugt. Es wird gerne zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat mehr Einfluss auf die Tarifgestaltung der Kinderkrippen nimmt. Ebenfalls ist es wichtig, dass die Leistungen überprüft werden. Falls das bereits angesprochene Steuerpaket auf die Gemeinden und den Kanton zukommt, wird die Unterstützung der Krippen durch den Kanton eine der ersten sein, die wegfällt. Dann ist es

wichtig, dass die Stadt Zofingen das Überleben der Krippen sichert. Wie haben die Nachbargemeinden auf das neue Finanzierungsmodell reagiert? Die SP stimmt allen Anträgen einstimmig zu.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, antwortet, dass die Gemeinden das neue Finanzierungsmodell als sehr interessant und gut befanden. Man hat die Gemeinden auch konkret über ihre Beiträge informiert. Es gab bereits jetzt Gemeinden, welche diese beiden Krippen mitfinanzierten. Die Gemeinden werden über die Beiträge verhandeln, und man sah ein, dass die Stadt Zofingen nicht auswärtige Kinder mitfinanzieren kann. Aus der Informationsveranstaltung resultiert ein positives Echo. Die Krippen gehen aktiv auf die Nachbargemeinden zu und zeigen auf, was der Gemeinde mit den neuen Leistungsvereinbarungen geboten werden kann.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es gehen keine Wortmeldungen in der Detailberatung ein, der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

Die Beschlüsse des Einwohnerrates vom 13. Mai 1996 zu GK 109 „Finanzielle Unterstützung von Kinderkrippen“, Ziffern 2 – 8, sowie vom 16. September 2002 zu GK 45 „Kinderkrippen: Aufhebung der 2-Jahresklausel für Betriebsbeiträge“, seien aufzuheben.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Die Einwohnergemeinde Zofingen beteiligt sich gestützt auf § 51 Abs. 2 des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen im Umfang von maximal 20 % an den anrechenbaren Betriebskosten von privaten Institutionen der Tagesbetreuung von Kindern auf dem Gemeindegebiet von Zofingen. Die Beteiligung beschränkt sich auf Kinder mit Wohnsitz in Zofingen.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Die Einwohnergemeinde Zofingen sichert den privaten Institutionen der Tagesbetreuung von Kindern in der Region Zofingen gestützt auf § 51 Abs. 2 des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen eine finanzielle Beteiligung im Umfang von maximal 20 % der anrechenbaren Betriebskosten zu. Die Zusicherung beschränkt sich auf Kinder mit Wohnsitz in Zofingen.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Das neue Finanzierungsmodell gilt ab 1. Januar 2007.

Der Antrag wird mit 38 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 28

GK 61

Auflösung des Gemeindeverbandes Berufsberatung des Bezirks Zofingen

Hr. Philipp Hangartner, Referent FGPK, erklärt, dass es den Gemeindeverband Berufsberatung des Bezirks Zofingen nicht mehr benötigt. Die Aufgaben wurden gemäss dem 3. Paket der Aufgabenteilung Kanton-Gemeinden neu beim Verein Beratungsdienst für Ausbildung und Beruf angesiedelt. Die Auflösung ist eine reine Formsache, und die FGPK befürwortet diese einstimmig.

Hr. Hans-Martin Plüss teilt mit, dass er als Mitglied des Vorstandes des Gemeindevorstandes Berufsberatung des Bezirks Zofingen für die Abstimmung in den Ausstand tritt.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

Es gehen keine Wortmeldungen in der Detailberatung ein, der Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Der Einwohnerrat wolle der Auflösung des Gemeindeverbandes Berufsberatung Bezirk Zofingen per 30. Juni 2006 zustimmen.

Der Antrag wird mit 37 : 0 Stimmen angenommen.

Art. 29

GK 37

Interpellation von Jolanda Henzmann/Patricia Misteli (FDP) vom 13. März 2006 betr. Schule und Familie (Begründung und Beantwortung)

Fr. Jolanda Henzmann erklärt, dass sich die Gesellschaft und ihre Bedürfnisse in den letzten Jahren gewandelt haben. Wir sind gefordert, unser Bildungssystem sozial- und familienpolitisch entsprechend den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten zu organisieren. Mit der Einführung von Blockzeiten und der Unterstützung der Kinderkrippen hat die Stadt Zofingen schon einen grossen Schritt in diese Richtung getan.

Warum Tagesschulen?

Es sind nicht die flächendeckenden Tagesschulen, wie es die Initiative des ALV fordert, gemeint, sondern dass jedes Kind die Möglichkeit haben sollte, eine Tagesschule zu besuchen.

Eine Umfrage bei Hochschulabgängern hat ergeben, dass sich heute 40 % aller Befragten gegen Kinder entscheiden. Beruf, Karriere und Kinderbetreuung seien kaum mehr zu vereinen. An diesem Punkt sind wir angesprochen, unserer leistungsfähigen Jugend eine familienpolitische Lösung zu bieten. Weiter erleben wir, dass in der Bevölkerung viele Doppelverdiener und Alleinerziehende in der Kinderbetreuung anstehen. Lösungen rund um das Thema Tagesstrukturen sind von grosser Bedeutung für unsere vielseitig veränderten Familienkonstellationen. Zofingen als Zentrumsgemeinde, REGOS-Standort und attraktiver Wohnort muss zum Thema Tagesstrukturen eine klare Haltung beziehen, agieren und die Bedürfnisse grundsätzlich beurteilen.

Neue Informationen zu diesem Thema aus Aarau

Die Initiative „Schule und Familie“ vom Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverband und die Motion „Gegenvorschlag der FDP“ sind bis Anfang 2007 auf Eis gelegt. Dann erscheint der Planungsbericht des Regierungsrates zur Umsetzung der Harmonisierung des Schulwesens „Harmos im Kanton Aargau“. Das Departement für Bildung, Kultur und Sport des Kantons Aargau hat versichert, dass darin schulnahe Blockzeiten ab Kindergarten vorgesehen sind und dass jedes Kind Zugang zu Tagesstrukturen haben muss, die von Gemeinden oder Gemeindeverbänden angeboten werden müssen.

Es ist wichtig, dass sich die Stadt Zofingen mit dem Thema Tagesstrukturen öffentlichen auseinandersetzt, mögliche Infrastrukturen in Betracht zieht und mutige, zukunftsgerichtete Entwicklungsziele verfolgt. Eventuell sogar ein Pilotprojekt, wie bei den Blockzeiten, zu starten wagt. In diesem Zusammenhang stellten wir fünf Fragen an den Stadtrat und danken im Voraus für die Beantwortung.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann, beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Welches ist die Haltung des Stadtrates und der Schulpflege zur Einführung von Tagesschulen in Zofingen?

Der Stadtrat befürwortet – als Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse (Ausbildungen der Geschlechter, Familienstrukturen und Arbeitsmarkt) – grundsätzlich die Einführung von tragfähigen Tagesstrukturen. Dabei ist für ihn in unserer Region die Realisation einer Tagesschule nicht prioritär. Er möchte zuerst weitere Erfahrungen mit dem Mittagstisch machen, die Blockzeiten einführen und sich um die Neulancierung der Institution Tagesfamilien bemühen.

2. Wie wird das Bedürfnis nach Tagesschulen grundsätzlich beurteilt?

Der Stadtrat beurteilt das Bedürfnis nach Tagesschulen in unserer Region nicht als besonders hoch. Diese Einschätzung trifft er auf Grund des doch eher mässigen Bedürfnisses nach den Zofinger Mittagstisch-Plätzen. Inwieweit hier ein konkretes Bedürfnis nach Tagesschul-Plätzen besteht, müsste eine Umfrage zeigen. Stadtrat und Schulpflege sind bereit, eine solche Umfrage innerhalb der laufenden Legislaturperiode durchzuführen und anschliessend eine öffentliche Diskussion zum Thema zu führen. Allerdings müssten in dieser Umfrage dann auch die ungefähren Kosten thematisiert werden.

3. Gibt es allenfalls eine Möglichkeit, in den nächsten zwei Jahren ein Pilotprojekt zu starten?

Stadtrat und Schulpflege möchten zuerst die Erfahrungen mit den Blockzeiten auswerten, bevor ein Tagesschul-Pilotprojekt lanciert wird. Dies dürfte also kaum in den nächsten zwei Jahren erfolgen.

4. Im Ortsteil Mühlethal wird eine Möglichkeit gesucht, das Kirchgemeindehaus (unmittelbar neben dem Quartiersschulhaus) besser auszulasten. Die Infrastruktur eignet sich bestens für eine Tagesschule. Ist der Stadtrat bereit, die Gebäude für ein Pilotprojekt „Tagesschule“ in Betracht zu ziehen?

Es macht wenig Sinn, eine Tagesschule zu schaffen, nur weil ein geeignetes Lokal vorhanden ist. Eine Tagesschule müsste aufgrund eines klaren Bedürfnisses geschaffen werden, und dieses müsste in einer Umfrage ausgewiesen werden. Zudem sind Stadtrat und Schulpflege überzeugt, dass für ein Tagesschul-Pilotprojekt ein zentraler Standort zu wählen ist.

5. Im Zusammenhang mit der Diskussion rund um Tagesstrukturen für Familien, muss auch eine Lösung für das Angebot der Tagesfamilien gefunden werden. Zeichnet sich hier aus Sicht des Stadtrates eine neue Lösung ab? Wenn ja, welche?

Erfreulicherweise ergibt sich hier eine neue Lösung: Die Abgeordneten-Versammlung des Regionalverbandes Wiggertal/Suhrental (RVWS) vom 7. Juni 2006 hat auf Antrag des RVWS-Vorstandes beschlossen, die Koordination (inkl. finanzielle Abwicklung) der Tagesfamilien-Plätze innerhalb seiner Organisation zu übernehmen. Dabei bezahlen die Gemeinden einen einwohnerzahlabhängigen Sockelbetrag, die Entschädigung der Tagesfamilien wird durch die Nutzerinnen und Nutzer getragen. Am 4. Mai fand eine Orientierung für die Gemeindebehörden statt, bei welchem ein sehr positives Echo festgestellt werden konnte. Fast alle Gemeinden der Region Zofingen haben mittlerweile eine Grundsatzerklärung zum Mitmachen beim Projekt abgegeben. Die Vorbereitungsarbeiten bei den Verantwortlichen im RVWS laufen nun auf Hochtouren, und man ist zuversichtlich, dass das Projekt bereits im September 2006 gestartet werden kann.

Fr. Patricia Misteli erklärt sich mit dieser Antwort zufrieden. Einzig mit dem Argument betreffend des Standortes kann sie sich nicht ganz einverstanden erklären. Die Kinder würden sowieso mit dem Auto in die Tagesschule gefahren und von daher ist die Parksituation in Mühlethal noch einiges besser als in Zofingen und es ist auch wichtig, dass die Kinder in einer idyllischen Umgebung sind.

Art. 30**GK 38****Motion der FDP-Fraktion vom 24. März 2006 betr. Abdankungshalle (Begründung und Beantwortung)**

Fr. Patricia Misteli erklärt, dass der Stadtrat in der Rosengarten-Vorlage keine Angaben zur künftigen Nutzung der Abdankungshalle gemacht hat. Aus diesem Grund reichte die FDP diese Motion ein. Man hofft, dass mit der Überweisung dieser Motion ein erster Schritt getan werden kann, um die öffentliche Diskussion zu lancieren. In der Zwischenzeit haben sich die Fraktionspräsidenten und Delegierte der Fraktionen mit dem Stadtrat Hansruedi Gilgen zu einem informellen Gespräch getroffen. Dabei resultierte, dass die Vorlage inhaltlich praktisch unbestritten war. Einzig Angaben betreffend der Abdankungshalle haben gefehlt. Die FDP hofft, dass bei der Überweisung der Motion der Stadtrat mit dem Zofinger Tagblatt die Zeit nutzen wird, um eine breit abgestützte Diskussion zu lancieren. Ebenfalls denkbar wäre ein Infoabend/Diskussionsabend vor Ort. Dort könnte der Puls gespürt werden, damit der Stadtrat hoffentlich an der November-Sitzung eine verbesserte Rosengartenvorlage präsentieren kann. In diesem Sinne bittet sie, die Motion zu überweisen.

GK 39**Motion der SVP-Fraktion vom 27. März 2006 betr. Umnutzung der Abdankungshalle / Planung für neue Aufbahrungs- und Abdankungshalle beim Friedhof Bergli (Begründung und Beantwortung)**

Hr. Thomas Bühler teilt mit, dass die SVP-Fraktion sowie der Motionär die Motion in ein Postulat umwandeln und damit zeigen, dass für eine gute Lösung Kompromisse eingegangen werden müssen. Im erwähnten Gespräch mit Stadtrat Hansruedi Gilgen und den Fraktionen hat sich der Stadtrat klar zur Umnutzung der Abdankungshalle ausgesprochen. Das zeigt, dass die Einreichung der Motion bereits etwas bewirkt hat.

Auch die effektiven Zahlen zeigen klar, dass seit 1991 noch 65 Abdankungen und 2005 noch 14 Abdankungen in dieser Abdankungshalle stattfanden und somit ein kleines Bedürfnis abgedeckt wird. Die Aufbahrungen könnten in Zukunft neu mit dem Bezirksspital oder dem Seniorenzentrum geregelt werden. Aber es sollte, wie die Motion verlangt, auch eine Lösung auf dem Friedhof Bergli geprüft werden. Beim vorhandenen Gebäude besteht unbestritten auch Handlungsbedarf. Er hofft auf eine Überweisung dieses Postulates.

Hr. Hansruedi Gilgen weist auf das Arbeitsprogramm des Stadtrates hin. Darin ist festgehalten, dass innerhalb der Legislaturperiode, also bis spätestens 2009, nach der Umgestaltung des ehemaligen Friedhofs zum offenen „Rosengarten-Park“ auch die künftige Nutzung des „Moser-Baus“ (Abdankungshalle) geklärt ist.

Durch die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat hat sich an den Zielen grundsätzlich nichts geändert:

- Der ehemalige Friedhof soll geöffnet und zum «Rosengarten-Park» werden.
- Mittel- und längerfristig ist die bisherige Nutzung der Abdankungshalle nicht mehr richtig.

Der Stadtrat hat sich bis jetzt noch nicht entschieden, wann die Rosengartenvorlage dem Einwohnerrat wieder vorgelegt wird.

- Heute finden in diesem Bau zwei Nutzungen statt, zum einen befindet sich dort der gekühlte Aufbahrungsraum und zum anderen finden dort die Abdankungen statt.
- Im Schnitt der letzten fünf Jahre fanden noch etwas über 20 Abdankungen in der Abdankungshalle statt, gleich viele wie in der Stadtkirche; etwas weniger als 20 in der röm.-katholischen Kirche und den Versammlungsräumen der Freikirchen; in über 30 Fällen fand

aber gar keine Abdankung statt. Die Nutzung der Abdankungshalle ist in den letzten Jahren massiv gesunken. Im Jahr 2001 fanden noch mehr als 1/3 aller Abdankungen in der Abdankungshalle statt, im 2005 war es nur noch jede achte Abdankung. Der Stadtrat muss für beide Leistungen, welche in diesem Raum stattfinden, Lösungen suchen. Es wird davon ausgegangen, dass bei der Umnutzung des Parkes das Konfliktpotenzial für den Aufbahrungsraum grösser sein wird. Es wird die Möglichkeit eines Aufbahrungsraumes im heutigen Betriebsgebäude auf dem Bergli geprüft. Eine andere Möglichkeit wäre auch eine Zusammenarbeit mit der Spital AG. Dort befindet sich bereits ein Aufbahrungsraum, welcher vom Bestattungsunternehmen gemietet wird. In der kantonalen Bestattungsverordnung ist festgehalten, dass die Gemeinde für eine schickliche Bestattung zu sorgen hat. Der Stadtrat ist nicht der Meinung, dass man zur Erfüllung dieser Aufgabe eine neue Abdankungshalle benötigt. Er ist der Meinung, dass die öffentliche Hand zusammen mit Partnern über genügend Angebote an Räumlichkeiten für Abdankungen verfügt. Es sind Lösungen in Zusammenarbeit mit der Kirche zu suchen. Jedoch müssen auch Lösungen für nicht christliche und konfessionslose Verstorbene gesucht werden. Mit dem Rathaus, dem Stadtsaal oder der Aula des Gemeindeschulhauses können genügend öffentliche Räume für solche Anlässe zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Überweisung der FDP-Motion geht der Einwohnerrat sicher mit dem Stadtrat überein, dass über kurz oder lang keine Abdankungen im „Moser-Bau“ mehr stattfinden. Eine zukünftige Nutzung der Abdankungshalle ist momentan aber offen. Fest steht, dass ein Abbruch dieses Baus nicht in Frage kommt.

Der Stadtrat ist bereit, die Motion der FDP sowie das Postulat der SVP zu übernehmen.

Es gibt zu Bedenken, dass die Zeit von einem Jahr, welche für die Behandlung einer Motion zur Verfügung steht, in diesem Fall ein wenig knapp wird. Diese anspruchsvollen Abklärungen in Bezug auf die künftige Nutzung und Finanzierungen benötigen sicher mehr Zeit.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über die Überweisung der FDP-Motion vom 24. März 2006 abstimmen:

Der Überweisung der Motion wird mit 36 : 0 Stimmen zugestimmt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, lässt der Vorsitzende über die Überweisung des Postulates der SVP-Fraktion vom 27. März 2006 abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 27 : 4 Stimmen zugestimmt.

Art. 31

Umfrage

Hr. Elmar Bertschinger stellt fest, dass der Powerman dieses Jahr CHF 10'000 mehr an Beiträgen erhält als im Vorjahr. Ist in dieser Summe auch ein „Znüni-Geld“ für die Arbeiter eingerechnet, damit sie in Zukunft nicht mehr während der Pause der Schüler/innen auf dem Pausenhof ihre Arbeiten verrichten?

Fr. Mirella Bär erklärt, dass in Mühlethal in der Landschaftsschutzzone Ablagerungen und Transport von Materialien stattfinden. Ist dies mit der Landschaftsschutzzone vereinbar?

Fr. Isabel Maurer möchte betonen, dass beim Postulat Verkehrssicherheit von Schüler/innen im Hinblick auf die Einführung der Blockzeiten nie die Meinung war, dass Oberstufenschüler/innen den Lotsendienst übernehmen sollten. Das Postulat wurde in der Schulpflege behandelt. Sie möchte wissen, wie die geplanten Massnahmen aussehen.

Der Fussballplatz am Rigiweg wird rege benutzt. Seit 2 Jahren trainieren dort auch regelmässig die Junioren des SC Zofingen. Die Anwohner/innen finden dies eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung.

tigung und haben nichts dagegen. Doch haben sich bei der Benützung dieses Fussballplatzes auch negative Seiten gezeigt. Es fehlt ein Wasserhahn, es gibt kein WC und keinen Veloständer. Der Zaun ist viel zu niedrig, die Bälle gehen regelmässig auf das benachbarte Bahngelände. Auch die Parksituation ist nicht optimal. Besteht eine Möglichkeit zur Schaffung von Parkplätzen beim Zeughaus? Ist dem Stadtrat dieses Problem bekannt, und wie sieht das weitere Vorgehen aus?

Hr. Marc Plüss stellt fest, dass ein Power-Point-Fieber grassiert. Power-Point ist ein hervorragendes Visualisierungsinstrument, wenn es sinnvoll angewandt wird. Die heute gezeigten Power-Point-Präsentationen waren zu überladen und nicht leserfreundlich. In Zukunft sollten diese auf ein Minimum beschränkt werden.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, entgegnet auf die Frage von Elmar Bertschinger, dass das Znüni natürlich nicht gesponsert wird, aber das wird auch nicht der Hauptgedanke dieser Frage gewesen sein. Der Stadtrat hat lange über diese zusätzliche Unterstützung des Powermans diskutiert. Er ist der Meinung, dass dieser Event sehr wichtig für die Stadt Zofingen ist, da er überregional bekannt ist. Jedoch ist der Stadtrat mit gewissen Arbeiten seitens des Organisationskomitees nicht sehr glücklich. Diese Kritik wurde bei den entsprechenden Stellen auch angebracht. Der Stadtrat ist aber nach wie vor überzeugt, dass dieser Event die Unterstützung verdient.

Die Frage von Mirella Bär betreffend Landschaftsschutz kann nicht jetzt beantwortet werden. Man wird diese Angelegenheit abklären.

Die Defizite beim Fussballplatz am Rigiweg sind dem Stadtrat im Detail nicht bekannt. Das Anliegen wird aber aufgenommen und geprüft. Punkto WC und Parkplätze hat man beschränkte Möglichkeiten, da dieser Fussballplatz ein Ausweichplatz sein sollte. Man würde die Aktivitäten lieber auf der Trinerplatten sehen.

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, informiert, dass im Budget 2007 ein Betrag für die Erneuerung des Zaunes beim Fussballplatz eingestellt ist.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass die Anmerkung betreffend Power-Point entgegengenommen wird. Es ist richtig, dass Grafiken und Bilder bei einer Power-Point-Präsentation dominieren sollten. In diesem Sinn wird in Zukunft Power-Point gezielter eingesetzt.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, informiert in der Angelegenheit Sicherheit auf dem Schulweg. Es wurden bereits verschiedene Massnahmen getroffen. Es gibt drei akute Bereiche:

Luzerner- und General-Guisan-Strasse

Drei Übergänge welche im Blickpunkt stehen:

- Verlagshaus Gloor
- Übergang Pulverturm
- Kirchgemeindehaus und Gemeindeschulhaus

Die Stadtpolizei hat diese drei Bereiche untersucht und hat festgestellt, dass beim Übergang Verlagshaus Gloor keine Massnahmen notwendig sind, da dort eine Verkehrsinsel besteht. Bei den beiden anderen Übergängen wird zurzeit die Beschilderung und auch Beleuchtung überprüft.

Schürli und Gemeindeschulhaus

Die ersten Massnahmen wurden bereits getroffen. Ein Baum im Bereich Rosengartenturnhalle wurde gefällt, sodass die Sichtverhältnisse besser werden. Die Hecken im Bereich Jugendherberge werden zurückgeschnitten, damit die Gasse verbreitert werden kann und das Fahrver-

bot für Velofahrer aufgehoben werden kann. Im Bereich Schürli hat sich der Stadtrat entschlossen, ein Rondell zu installieren.

Hottigergasse

Es wird ein Fussgängerstreifen errichtet. Ebenfall wird die Einführung eines Lotsendienstes geprüft. Jedoch sollte dieser Lotsendienst nicht durch Schüler/innen erfolgen. Die Stadtpolizei ist aber bereit, Eltern in diesem Bereich auszubilden. Ebenfalls wird auf Schulbeginn 2006 im ganzen Kanton wieder eine Aktion durch die Kantons- und Stadtpolizei durchgeführt.

Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass die erwähnten Massnahmen zeitgerecht umgesetzt werden können.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Thomas Gloor heute zum letzten Mal als Ratssekretär des Einwohnerrates amtiert. Er dankt ihm herzlich für seine wertvolle Arbeit. Thomas Gloor hat diese Aufgabe 1993 übernommen, und mit seiner grossen Fachkompetenz manchem/r Einwohnerratspräsidenten/in die Arbeit doch sehr erleichtert. Er wünscht ihm bei seinem neuen Aufgabengebiet alles Gute. Gleichzeitig begrüsst er den Nachfolger Arthur Senn, Stadtschreiber I, herzlich und freut sich auf die kommende Zusammenarbeit.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT

Bruno Hostettler

DER PROTOKOLLFÜHRER

Thomas Gloor